

## **Der Osten zieht gleich**

**Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland soll laut einer Studie "weitgehend abgeschlossen" sein. Große Unterschiede gibt es dagegen in der Haltung zur Demokratie.**

Berlin - Die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland haben sich "in atemberaubender Geschwindigkeit" angeglichen, die Angleichung ist bei den unteren und mittleren sozialen Gruppen "weitgehend abgeschlossen". Zu dieser Aussage kommt der Berliner Wissenschaftler Klaus Schröder in seiner rund 750 Seiten umfassenden Studie "Die veränderte Republik - Deutschland nach der Wiedervereinigung".

Schröder stellt fest, dass der durchschnittliche ostdeutsche Haushalt über 80 bis 90 Prozent der westlichen Kaufkraft verfüge. Die Ostdeutschen besäßen zugleich 80 bis 90 Prozent des westlichen Durchschnitts-Geldvermögens, rechnet der Sozialwissenschaftler vor, indem er die Rentenansprüche, die in der Kohl-Ära für die Ostdeutschen beträchtlich aufgestockt wurden, dem Privatvermögen zurechnet.

### **"Mentale und politische Spaltung"**

Trotz dieser sozialen Angleichung konstatiert der Sozialwissenschaftler eine "mentale und politische Spaltung" in zwei Gesellschaften. Während 80 Prozent der Westdeutschen die demokratische Ordnung für verteidigungswert halten, teilt diese Auffassung nur jeder zweite Ostdeutsche. Damit liegt die Zahl der Deutschen, die die Demokratie bejahen, inzwischen insgesamt unter dem europäischen Mittelwert. Die Ostdeutschen hätten bei Ihrer Einstellung zu den demokratischen Institutionen "weit mehr Ähnlichkeiten mit den ost-mitteleuropäischen Transformationsländern als mit der westdeutschen Bevölkerung", stellt Schröder fest.

Die soziale Angleichung hat sich laut Schröder seit Ende der 90er Jahre verlangsamt. Doch das ist weniger die Ursache für die weltanschaulichen Differenzen zwischen Ost und West als die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen während der Teilung. Für die Westdeutschen etwa sei der Nationalsozialismus das prägende Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte, für die Ostdeutschen der Kalte Krieg und die deutsche Teilung. Viele Westdeutsche stehen indessen wegen der wirtschaftlichen Entwicklung dem demokratischen Staat skeptischer gegenüber als noch vor einigen Jahren.

### **Die Kosten der Einheit**

Die deutsche Einheit hat die Etats extrem belastet. 1,4 Billionen Euro betragen die Transferkosten bisher, 100 Millionen pro Jahr sind künftig zu erwarten. Für Klaus Schröder war es ein "Fehler", die deutsche Einheit vor allem aus den Sozialkassen zu finanzieren. Das hat die Lohnnebenkosten im Westen um 6 Prozent zusätzlich belastet und damit auch die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb geschwächt. Der Wohlstand in Deutschland liegt heute nur noch auf mittlerem europäischem Niveau.

Aus Schröders Sicht sind deutsche Einheit, Spätaussiedlung und Einwanderung eine große Herausforderung für die sozialen Bindungskräfte in Deutschland. Zwischen 30 und 35 Prozent der in der Bundesrepublik lebenden Bevölkerung wurden demnach "in anderen politischen und kulturellen Systemen als die ursprünglichen Bundesbürger" geprägt. (Von Christian Booß, ddp)